

06.12.2023

Protokoll der Sitzung des Fehmarnbelt-Projektbeirates am 27.11.2023 um 14:30 bis 17:20, Rathaus Ratekau, 23626 Ratekau

Herr Keller begrüßt die Teilnehmer und Gäste und eröffnet die Sitzung. Er weist darauf hin, dass neben den LN auch der NDR vor Ort sei, um Filmaufnahmen zu machen.

1. Sachstand Bäderbahn

Herr Keller führt in das Thema ein und stellt fest, dass wir jetzt auf dem Stand von 2017 seien. Er erwarte heute von der Bahn oder dem Land Erläuterungen für die Gründe der Einstellung der weiteren Überlegungen zum Erhalt der Bäderbahn. Er fragt, wann das Stilllegungsverfahren ende. Anschließend erläutert die Vertreterin der Bahn anhand einer Präsentation die Gründe dafür. Wesentliche Gründe seien die Notwendigkeit von Neuberechnungen für beide Strecken für die Planfeststellung bei einem Weiterbetrieb und die Tatsache, dass kein Verkehr auf der Bäderbahn bestellt würde.

In der anschließenden Diskussion werden die Vorteile und Nachteile für die einzelnen Orte (insbesondere Timmendorfer Strand und Scharbeutz) ausgiebig diskutiert. Die Allianz bringt ein von ihr erarbeitetes Papier ein, in dem die jeweiligen Vor- und Nachteile von den Kommunen aufgelistet werden. Es werden die Folgen des Stilllegungsverfahrens diskutiert. Es wird deutlich, dass die Bahn die Anschlüsse an die Strecke bei Nichtstilllegung erhalten muss. Ein Betrieb der Bäderbahn durch einen privaten Infrastrukturträger und ein privates Unternehmen sei möglich. Der Vertreter von pro Bahn weist daraufhin, dass die NEG entsprechende Vorstellungen habe. Als nicht-bundeseigener Infrastrukturbetreiber sei das viel günstiger als die Bahn das dürfe und könne. Das Konzept der NEG, abseits des Stilllegungsverfahrens und der Nichtbestellung von Verkehren durch das Land, könne eine Alternative zur Anbindung der Bädergemeinden im Zuge der Machbarkeitsstudie sein kann.

Die Allianz fordert einen ganz neuen Ansatz im Rahmen der Verkehrswende und den Erhalt auch kleinerer Bahnen. Zahlreiche Teilnehmer nehmen Stellung

zur historischen Entwicklung, zu damaligen 2+1- Beschlüssen und zu den Positionen der jeweiligen Organisation. Die Stadt Lübeck kündigt rechtliche Schritte zum Erhalt der Bäderbahn an.

Herr Keller fasst zusammen, dass es heute viele Informationen gegeben habe, dass das Land keinen Verkehr auf der Bäderbahn bestelle, dass die Unterlagen für die Entscheidung durch die Bahn den Beteiligten zugänglich gemacht werden und die NEG gebeten werde, in einer der nächsten Sitzungen ihre Vorstellungen erläutern.

2. Ergebnisse der Kommunalkonferenz

Herr Zuch berichtet aus der Kommunalkonferenz. Es gebe weiterhin zahlreiche Herausforderungen für die Abwicklung der geplanten Baustellen und Planungen und die damit verbundenen Verkehrsprobleme. Die zukünftige Baulast der Fehmarnsund-Brücke sei ebenfalls ein Problem. Die Auswirkungen des letzten Hochwassers hätten deutlich gemacht, dass zu dieser Thematik noch weiter nachgedacht werden müsse.

3. Bericht zum Stand der Planungen

Die DB stellt die jeweiligen Planungsstände für die Bauabschnitte dar. Zunehmend werde vor Ort durch die Bahn informiert.

4. Baustellenkoordinierung

Herr Behnk berichtet, dass die vorgesehene Sitzung der Steuerungsgruppe Baustellenkoordinierung am 21.11.2023 wegen Krankheit nicht stattgefunden habe. Mittlerweile haben alle Kommunen Zugang zur Software und die Schulungen stattgefunden. Er bittet alle Kommunen eindringlich, diese Möglichkeit ernst zu nehmen und die entsprechenden Eingaben zu machen und Erkenntnisse abzuleiten. Herr Keller unterstützt das.

5. Unterstützung des Landes

Herr Keller führt in das Thema ein und äußert seine Sorge, dass man hier nicht weiterkomme. Frau Druba berichtet, dass mittlerweile vom Land (teilweise auch vom Staatssekretär persönlich) und NAH.SH mit den betroffenen Kommunen Einzelgespräche geführt würden, da jeder Fall anders liege. Man sei hier auf einem guten Weg.

Der Vertreter des Bauernverbandes spricht die von einer Bürgermeisterin öffentlich angesprochene nicht vorhandene Bereitschaft an, Land zu verkaufen. Dies entspreche nicht den Tatsachen. Solche Äußerungen in der Öffentlichkeit trügen nicht dazu bei, die Belange der Landwirte einzubringen und die Bereitschaft

dieser zur Mitwirkung zu erhöhen.

Die Gespräche mit den Kommunen werden fortgesetzt. Wenn woanders Probleme sind, sollten sich die Kommunen an das Land wenden.

6. Nachnutzung von Baustraßen

Die DB erläutert, dass die Baustraßen nur zeitlich begrenzt in Anspruch genommen werden und dass das Land danach wieder der ursprünglichen Nutzung zugeführt werde. Frau Druba ergänzt, dass in Zusammenarbeit mit Bahn und Kreis herausgekommen sei, dass man eine tiefergehende Betrachtung benötige, um diejenigen Fälle zu identifizieren, wo weitere Überlegungen angebracht seien. Sie weist darauf hin, dass das Land eine Auflistung über mögliche Förderungen solcher Wege erarbeitet habe.

7. Radwege an Eisenbahnkreuzungen

Die Sachlage stellt sich hier ähnlich dar wie unter Punkt 6. Der Kreis hat auch hier eine Liste mit entsprechenden Kreuzungen erarbeitet mit den Kommunen. Auch hier muss für die einzelnen Fälle nach Lösungen gesucht werden.

8. Verschiedenes

Herr Weppler spricht für die Geschäftsstelle den TOP des letzten FB-Dialogforums zum Thema von der „Grenz- zur Nachbarschaftsregion“ an. Die Geschäftsstelle habe die Aufgabe übernommen, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Er berichtet, dass die CIMA sich vor 3 Jahren mit der Region unter den Gesichtspunkten verkehrliche und wirtschaftliche Chancen beschäftigt habe. Es werde vorgeschlagen, die CIMA um eine Ergänzung nachzufragen. Mittel seien noch vorhanden. Diese Aktivitäten werden begrüßt.

gez. Horst Weppler